169. Vollversammlung

der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien

28. Oktober 2017

**Antrag 2**

**Keine starre Obergrenze für Staatsausgaben**

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert folgendes:

**Keine starren Obergrenzen für Staatsausgaben**

Im Wahlkampf kommt wieder die Forderung, dass der Staat die Staatsausgaben senken muss. Einige Parteien fordern noch striktere Obergrenzen für Staatsausgaben. Dies würde nicht nur Einschnitte bei Bildung, Gesundheitsversorgung und sozialer Sicherheit bedeuten, sondern mögliche zukünftige Wirtschaftskrisen zusätzlich verschärfen.

Staatsausgaben wirken sich über einen Multiplikator Effekt auf das Investitions- und Konsumverhalten des Privatsektors aus. Tatsächlich ist die staatliche Ausgabenquote von 54,5% im Jahr 2009 auf 51,1% des BIP im Jahr 2016 gesunken und wird auch 2017 weiter zurückgehen. Die Überbetonung von Ausgabenreduktionszielen kann sich zudem die mittel- und langfristige Schuldentragfähigkeit verschlechtern, wenn die Kürzungen die Konjunktur schwächen, weil in Folge Sozialausgaben automatisch ansteigen und die Steuereinnahmen zurückgehen.

Fest steht ist, dass strikte Wachstumsobergrenzen, ohne Rücksicht auf die Konjunktur und Arbeitsmarkt, am ehesten zu realen Einschnitten in den Bereichen Bildung, Arbeitsmarkt, Gesundheit und soziale Sicherung führen.

Aktuelle Debatten im Vorfeld der Nationalratswahlen suggerieren, dass es in der Budgetpolitik nur darum gehe, Defizite, Ausgaben und Schulden unter allen Umständen rasch zu reduzieren. Das ist jedoch, für uns eine unzureichende Sichtweise und aus diesem Grund sind wir strikt gegen starre Obergrenzen bei den Staatsausgaben.

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| Angenommen [ ]  | Zuweisung [ ]  | Ablehnung [ ]  | Einstimmig [ ]  | Mehrstimmig [ ]  |